

2337 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Außenpolitischen Ausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. Mai 1981
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Konsulargebührengesetz 1967 geändert wird

Die Anhebung der Konsulargebührensätze dient im wesentlichen der laufenden Anpassung an geänderte Wert- und Preisverhältnisse und trägt vornehmlich den seit 1976 geänderten Wertverhältnissen und dem Erfordernis Rechnung, wenigstens zum Teil durch Mehreinnahmen den Aufwand zu decken, der von den Parteien durch die Inanspruchnahme der Vertretungsbehörden in Vollziehung der Gesetze verursacht wird.

Im Gefolge der mit Abgabenänderungsgesetz 1980 erfolgenden Anhebung der seit 1977 unverändert gebliebenen festen Gebührensätze des Gebührengesetzes 1957 ist nunmehr auch eine entsprechende Anhebung der Konsulargebührensätze geboten.

Der Außenpolitische Ausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 2. Juni 1981 in Verhandlung genommen.

Der Antrag des Berichterstatters, keinen Einspruch zu erheben, fand keine Mehrheit und wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Da ein Beschluß des Ausschusses im Gegenstand nicht zustande kam, sieht sich der Außenpolitische Ausschuß im Sinnedes § 24 Abs. I der Geschäftsordnung veranlaßt, über seine Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Wien, 1981 06 02

Dr. M i c h l m a y r
Berichterstatter

Dkfm. Dr. P i s e c
Obmann